

PRESSEMITTEILUNG

Ausländerbeirat Butzbach – 9. Februar 2026

Der Ausländerbeirat Butzbach kritisiert CDU Minister Dobrindt für die geplanten Einschnitte bei Integrationskursen scharf!

Nach Ansicht der Vorsitzenden Servet Yildirim gefährden diese Einschränkungen nicht nur anerkannte Asylbewerberinnen und Asylbewerber, sondern die Gesellschaft insgesamt. „Wenn Integrationskurse nicht stattfinden, erreichen viele Menschen das notwendige Sprachniveau B1 entweder sehr spät oder gar nicht“, erklärt Yildirim. Ohne ausreichende Sprachkenntnisse verschlechtern sich die Chancen auf dem Arbeitsmarkt erheblich. Der Zugang zu Ausbildung, Umschulung und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse werden blockiert, wodurch die Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung länger bestehen bleibt – nicht aus fehlender Motivation, sondern aus strukturellen Gründen. Verzögerter Spracherwerb ist somit ein zentrales Problem.

Rechtliche und bürokratische Hürden verschärfen die Lage zusätzlich. Sprachkenntnisse bleiben Voraussetzung für die Einbürgerung und teilweise auch für die Aufnahme einer Arbeit oder Ausbildung. Yildirim kritisiert: „Wenn der Staat diese Anforderungen aufrechterhält, gleichzeitig aber Integrationskurse aussetzt oder abschafft, entsteht ein deutliches strukturelles Ungleichgewicht: Pflichten bleiben bestehen, während staatliche Unterstützung entfällt. Das untergräbt den Grundsatz fairer und rechtsstaatlicher Integration.“

Besonders widersprüchlich ist diese Politik angesichts des akuten Fachkräftemangels, insbesondere im Pflege- und Sozialbereich. Während Pflegekräfte aufwendig aus dem Ausland angeworben werden, bleibt das Potenzial von bereits in Deutschland lebenden Menschen weitgehend ungenutzt. Fehlende Sprachförderung verhindert Qualifizierung, Anerkennung von Abschlüssen und den Einstieg in den Arbeitsmarkt – trotz vorhandener Motivation und gesellschaftlichen Bedarfs. Dies erhöht Sozialausgaben und mindert wirtschaftliche Wertschöpfung. „Kurzfristige Einsparungen bei Integrationskursen verursachen langfristig deutlich höhere Kosten durch Nachqualifizierungen, Sozialleistungen und erhöhten Verwaltungsaufwand“, betont Yildirim.

Die Einschränkungen haben zudem erhebliche psychosoziale Folgen für die Betroffenen. Viele erleben Frustration, Perspektivlosigkeit und das Gefühl, nicht wirklich willkommen zu sein. Besonders Menschen mit Flucht- und Gewalterfahrungen sind dadurch einem erhöhten Risiko für sozialen Rückzug, psychische Belastungen und die Bildung von Parallelstrukturen ausgesetzt.

Auch die Alltagsintegration leidet massiv. Ohne staatlich begleitete Sprachförderung verlagert sich Integration zunehmend auf Ehrenamtliche, Familien und Community-

Strukturen. Kontakte zu deutschsprachigen Menschen nehmen ab, während Hürden im Alltag – etwa bei Schule, Kita, Arztbesuchen oder Behördengängen – steigen. Dies führt zu ungleichen Integrationschancen und langfristiger sozialer Distanz.

Dabei zeigen sich trotz der aktuellen Einschränkungen deutliche Erfolge der Integrationsarbeit. Bundesweit setzen über 1.600 Träger und rund 20.000 Lehrkräfte Integrationsangebote um. BAMF-Präsident Dr. Hans-Eckhard Sommer betont: „Seit 20 Jahren eröffnen wir Chancen und bringen Menschen zusammen – bundesweit.“ Uta Saumweber-Meyer, Abteilungsleiterin für Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt im BAMF, ergänzt: „Integrationsförderung ist einem stetigen Wandel unterworfen. Der enge Austausch mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik und Praxis ist entscheidend, um unsere Angebote kontinuierlich an aktuellen Bedarfen auszurichten.“

Fazit: Frühzeitige und verlässliche Sprachförderung ist unerlässlich. Yildirim stellt klar: „Nicht nur verspätete, sondern ausgesetzte oder abgeschaffte Integrationskurse verhindern wirksame Integration. In einer alternden Gesellschaft mit massivem Fachkräftemangel ist dies weder sozial noch wirtschaftlich tragfähig. Sprachförderung ist keine freiwillige Leistung, sondern eine zentrale Voraussetzung für Integration, Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt.“